

# **BR/GT I/15 d/69**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**

REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG EINES  
EUROPAEISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 16. Oktober 1969

BR/GT I/15/69

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS

UEBER EIN EUROPAEISCHES  
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 58 a bis 72

(von der Redaktionsgruppe überarbeitete Fassung)

Artikel 58 a (neu)

Grosse Beschwerdekammer

- (1) Die Grosse Beschwerdekammer ist zuständig:
- a) für die Entscheidungen über Rechtsfragen, die ihr von der Beschwerdekammer vorgelegt werden,
  - b) für die Abgabe gutachtlicher Aeusserungen über Rechtsfragen, die ihr vom Präsidenten des Europäischen Patentamts vorgelegt werden.

Bemerkung:

Der Redaktionsausschuss muss nach der Erörterung des Artikels 112a im Rahmen der Arbeitsgruppe in dieser Bestimmung oder in einer weiteren Bestimmung zwei Fassungen über die Befassung der Grossen Beschwerdekammer durch den Präsidenten des Europäischen Patentamts einfügen.

- (2) Die Grosse Beschwerdekammer setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, von denen fünf rechtskundige Mitglieder und zwei technisch vorgebildete Mitglieder sind.

Artikel 58b (neu)

Unabhängigkeit der Mitglieder der Kammern

- (1) Die Mitglieder der Grossen Beschwerdekammer und der Beschwerdekammern werden für einen Zeitraum von fünf Jahren ernannt und können während dieses Zeitraums ihrer Funktion nicht enthoben werden.
- (2) Die Mitglieder der Kammern dürfen den Prüfungsstellen oder Prüfungsabteilungen nicht angehören.
- (3) Die Mitglieder der Kammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur den Vorschriften dieses Übereinkommens und den zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften unterworfen.

Artikel 59

Nichtigkeitskammern

- gestrichen; vgl. Artikel 54e -

## KAPITEL IV

### REGISTER, VERÖFFENTLICHUNGEN UND KLASSIFIKATION

#### Artikel 60

#### Europäisches Patentregister

- (1) Das Europäische Patentamt führt ein Patentregister mit der Bezeichnung "europäisches Patentregister", in dem alle Angaben vermerkt werden, deren Eintragung in diesem Uebereinkommen vorgeschrieben ist. Vor der Veröffentlichung der Patentanmeldung gemäss Artikel 86 a erfolgt keine Eintragung in das Patentregister.
- (2) Jedermann kann in das europäische Patentregister Einsicht nehmen. Auf Antrag werden Auszüge aus dem europäischen Patentregister nach Entrichtung der in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebenen Gebühr erteilt.

Artikel 61

Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts

Das Europäische Patentamt gibt neben den in den Artikeln 86 a und 103 vorgesehenen Veröffentlichungen regelmässig heraus:

- a) ein Europäisches Patentblatt, das die Eintragungen in das europäische Patentregister wiedergibt sowie sonstige Angaben enthält, deren Veröffentlichung in diesem Uebereinkommen vorgeschrieben ist;
- b) ein Amtsblatt des Europäischen Patentamts, das allgemeine Bekanntmachungen und Mitteilungen des Präsidenten des Europäischen Patentamts sowie sonstige dieses Uebereinkommen in seiner Anwendung betreffenden Veröffentlichungen enthält.

Artikel 62

Patentklassifikation für das Europäische Patentamt

- gestrichen -

Bemerkung:

Dieser Artikel wird in die Ausführungsordnung übernommen.



KAPITEL V

BEZIEHUNGEN MIT DEN NATIONALEN BEHOERDEN

Artikel 63

Austausch von Veröffentlichungen

- (1) Das Europäische Patentamt übermittelt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten auf deren Wunsch kostenlos für ihre eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der in den Artikeln 61, 86 a und 103 vorgesehenen Veröffentlichungen.
- (2) Die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten übermitteln dem Europäischen Patentamt auf dessen Wunsch kostenlos für seine eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der veröffentlichten nationalen Patentanmeldungen und der Patentschriften sowie der Veröffentlichungen, die den in Artikel 61 Buchstaben a und b aufgeführten Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts entsprechen.
- (3) Das Europäische Patentamt kann mit den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz und mit anderen Behörden jedes Staats sowie mit zwischenstaatlichen Einrichtungen Vereinbarungen über den Austausch von Veröffentlichungen treffen.

Artikel 64

Auskunftersuchen

- (1) Soweit nicht Vorschriften dieses Uebereinkommens oder des nationalen Rechts entgegenstehen, unterstützen sich das Europäische Patentamt und die Gerichte oder Behörden der Vertragsstaaten gegenseitig auf Antrag durch die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung von Akteneinsicht. Für die Einsicht in die Akten des Europäischen Patentamts ist die in Artikel 162 Absatz 3 vorgesehene Gebühr nicht zu entrichten.
- (2) Gerichten und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten gewährt das Europäische Patentamt auf Antrag Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente, ohne dass die Einsicht den Beschränkungen des Artikels 162 unterworfen ist.
- (3) Das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten unterrichten sich gegenseitig auf Ersuchen über den Verlauf des Prüfungsverfahrens bei Patentanmeldungen, die ganz oder teilweise für die gleiche Erfindung beim Europäischen Patentamt und bei den genannten Behörden eingereicht worden sind. Sie unterrichten sich insbesondere über das Ergebnis von Neuheitsrecherchen und die ergangenen Prüfungsbescheide und Entscheidungen. Diese Vorschriften finden auch im Falle des Artikels 114 Anwendung.

zu Artikel 64

- (4) Das Europäische Patentamt kann in dem in Absatz 3 vorgesehenen Umfang auch die Behörden für den gewerblichen Rechtsschutz von Staaten, die diesem Uebereinkommen nicht angehören, unterrichten, wenn Arbeitsabkommen eine solche gegenseitige Unterrichtung vorsehen.

Artikel 65

Rechtshilfeersuchen

Die Gerichte der Vertragsstaaten nehmen für das Europäische Patentamt auf dessen Ersuchen um Rechtshilfe Beiweisaufnahmen oder andere gerichtliche Handlungen innerhalb ihrer Zuständigkeit vor.

VIERTER TEIL

DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

KAPITEL I

EINREICHUNG UND ERFORDERNISSE DER ANMELDUNG

Artikel 66

Einreichung der Anmeldung

- (1) Die europäische Patentanmeldung kann eingereicht werden
- a) beim Europäischen Patentamt oder
  - b) bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz oder bei anderen zuständigen Behörden eines Vertragsstaats, wenn das Recht dieses Staats es gestattet. Eine in dieser Weise eingereichte Anmeldung hat dieselbe Wirkung, wie wenn sie zu demselben Zeitpunkt beim Europäischen Patentamt eingereicht worden wäre.
- (2) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, dass die Personen mit Wohnsitz oder Sitz in seinem Hoheitsgebiet mit Ausnahme der zwischenstaatlichen Einrichtungen und Organisationen, deren Liste unter Beachtung der für diese Einrichtung und Organisationen anwendbaren allgemeinen Grundsätze durch eine einstimmige Entscheidung des Verwaltungsrats festgelegt wird, eine europäische Patentanmeldung nur bei den in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörden einreichen können.

zu Artikel 66

- (3) Im Fall der Nichtbeachtung einer auf Grund des Absatzes 2 erlassenen Vorschrift übermittelt das Europäische Patentamt die europäische Patentanmeldung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des betreffenden Vertragsstaats. Eine auf diese Weise übermittelte Anmeldung hat die gleichen Wirkungen als wenn sie von vornherein bei der Zentralbehörde eingereicht worden wäre.

Artikel 67

Uebermittlung europäischer Patentanmeldungen

- (1) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz hat die bei ihr oder bei anderen zuständigen Behörden dieses Staats eingereichten europäischen Patentanmeldungen innerhalb der kürzesten Frist, die mit der Anwendung der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats vereinbar ist, an das Europäische Patentamt weiterzuleiten.
- (2) Die Vertragsstaaten ergreifen alle geeigneten Massnahmen, damit die europäischen Patentanmeldungen, deren Gegenstand offensichtlich im Sinne der in Absatz 1 genannten Vorschriften nicht geheimhaltungsbedürftig ist, innerhalb einer Frist von höchstens sechs Wochen nach der Anmeldung an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden. Europäische Patentanmeldungen, bei denen näher geprüft werden muss, ob sie geheimhaltungsbedürftig sind, sind so rechtzeitig weiterzuleiten, dass sie innerhalb der in Absatz 2 a genannten Frist beim Europäischen Patentamt eingehen.
- 2a) Die in Absatz 2 Satz 2 vorgesehene Frist beträgt
- a) für eine europäische Patentanmeldung, für die eine Priorität nicht in Anspruch genommen worden ist, vier Monate, gerechnet vom Zeitpunkt der Anmeldung, und
  - b) für eine europäische Patentanmeldung, für die eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, vierzehn Monate, gerechnet vom Prioritätszeitpunkt.7

zu Artikel 67

- (3) Eine europäische Patentanmeldung, deren Gegenstand unter Geheimschutz gestellt worden ist, wird nicht an das Europäische Patentamt weitergeleitet.
- ⌈(4) Europäische Patentanmeldungen, die nicht bis zum Ablauf des vierzehnten Monats nach der Einreichung der Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätszeitpunkt dem Europäischen Patentamt zugehen, gelten als zurückgenommen. Eine gemäss Artikel 68 bereits entrichtete Anmeldegebühr wird zurückgezahlt.

Bemerkung:

Die in eckigen Klammern gesetzten Bestimmungen dieses Artikels müssen erneut im Zusammenhang mit den Artikeln 113 a ff. geprüft werden.



## Artikel 68

### Erfordernisse der Anmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung muss enthalten:

- a) einen Antrag auf Erteilung des europäischen Patents;
- b) eine Beschreibung der Erfindung;
- c) einen oder mehrere Patentansprüche, die definieren, wofür Schutz begehrt wird;
- d) gegebenenfalls die Zeichnungen, auf die sich die Beschreibung oder die Patentansprüche beziehen.

Die Anmeldung muss in einer der in Artikel 34 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Sprachen abgefasst sein.

#### Bemerkung:

Die Arbeitsgruppe hat vorläufig entschieden, dass die Anmeldung keine Zusammenfassung enthalten soll. Die Frage soll später noch erneut geprüft werden.

(2) Für die europäische Patentanmeldung ist die Anmeldegebühr zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschrieben ist. Die Gebühr ist spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach dem Zeitpunkt der Anmeldung zu entrichten.

zu Artikel 68

- (3) - übernommen in den Artikel 68 b -
- (4) - übernommen in den Artikel 68 b -

Artikel 68 a (neu)

Benennung von Vertragsstaaten

- (1) Im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents sind der Vertragsstaat oder die Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird, zu benennen.
- (2) Für die Benennung eines Vertragsstaats ist die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Gebühr zu zahlen. Wenn die Zahlung nicht bis zum Ablauf einer Frist von 12 Monaten nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätszeitpunkt oder wenn mehrere Prioritäten in Anspruch genommen worden sind, nach dem Zeitpunkt der frühesten Priorität, nicht erfolgt ist, gilt die Benennung als zurückgenommen.
- (3) Die Benennung eines Vertragsstaats kann bis zur Erteilung des europäischen Patents zurückgenommen werden. Die Zurücknahme der Benennung aller Vertragsstaaten gilt als Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung. Entrichtete Benennungsgebühren werden nicht zurückgezahlt.

zu Artikel 68 a (neu)

- (4) Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8 a Gebrauch gemacht hat, kann sie vorschreiben, dass ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann und dass die Benennung eines Teils der Vertragsstaaten der Gruppe als Benennung aller dieser Vertragsstaaten gilt.

Bemerkung:

Die Frage der teilweisen Entrichtung der in dem Absatz 2 vorgesehenen Gebühr soll in der Ausführungsordnung behandelt werden, entsprechend Regel 15.5 des PCT-Plans.

Artikel 68 b

Zeitpunkt der Anmeldung

- (1) Die europäische Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt eingereicht, zu dem folgende Erfordernisse erfüllt sind:
- a) die Anmeldung einen Hinweis enthält, dass sie eine europäische Patentanmeldung darstellt und mindestens ein Vertragsstaat gemäss Artikel 68 Absatz 1 benannt ist;
  - b) die Anmeldung Angaben enthält, die es erlauben die Identität des Anmelders festzustellen;
  - c) die Anmeldung eine Beschreibung und Ansprüche enthält, selbst wenn diese nicht den Vorschriften dieses Uebereinkommens entsprechen.
- (2) - gestrichen; s. Artikel 68 Absatz 2 Satz 2 und Artikel 68 c (neu).

Artikel 68 c (neu)

Nichtentrichtung der Anmeldegebühr und fehlende Uebersetzung

Die Patentanmeldung gilt als zurückgenommen, wenn

- a) die in Artikel 68 Absatz 2 vorgesehene Gebühr nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist entrichtet wird,
- b) wenn im Fall des Artikels 34 Absatz 2 die Uebersetzung der Patentanmeldung nicht innerhalb der in dem Artikel genannten Frist vorgelegt worden ist.

Bemerkung:

In der Ausführungsordnung soll eine Mitteilung, in der festgestellt wird, dass die Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, vorgeschrieben werden.

Artikel 70

Offenbarung der Erfindung

(1) Die Erfindung ist in der europäischen Patentanmeldung so deutlich und vollständig zu offenbaren, dass ein Fachmann sie danach ausführen kann.

(2) - gestrichen -

Artikel 71

Erfordernisse der Ausführungsordnung

Die europäische Patentanmeldung muss den Erfordernissen genügen, die in der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschrieben sind.



## KAPITEL II

### PRIORITAET

#### Artikel 72

##### Prioritätsrecht

- (1) Jedermann, der eine Anmeldung für ein Patent, ein Gebrauchsmuster, ein Gebrauchszertifikat oder einen Erfinderschein vorschriftsmässig eingereicht hat, oder sein Rechtsnachfolger geniesst für die Anmeldung derselben Erfindung zum europäischen Patent während einer Frist von zwölf Monaten nach der Einreichung der ersten Anmeldung ein Prioritätsrecht.
- (2) - gestrichen; diese Bestimmung wird in die Ausführungsordnung übernommen.
- (3) Als prioritätsbegründend wird jede Anmeldung anerkannt, der nach dem nationalen Recht des Staats, in dem die Anmeldung eingereicht worden ist, oder nach zwei- oder mehrseitigen Verträgen die Bedeutung einer vorschriftsmässigen nationalen Anmeldung zukommt.
- (4) Unter vorschriftsmässiger nationaler Anmeldung ist jede Anmeldung zu verstehen, die zur Festlegung des Zeitpunkts ausreicht, an dem die Anmeldung in dem betreffenden Staat eingereicht worden ist, wobei das spätere Schicksal der Anmeldung ohne Bedeutung ist.

zu Artikel 72

- (5) Als erste Anmeldung, von deren Einreichung an die Prioritätsfrist läuft, wird auch eine jüngere Anmeldung angesehen, die denselben Gegenstand betrifft wie eine erste ältere in demselben Staat eingereichte Anmeldung, sofern diese ältere Anmeldung bis zur Einreichung der jüngeren Anmeldung zurückgenommen, fallengelassen oder zurückgewiesen worden ist, und zwar bevor sie öffentlich ausgelegt worden ist und ohne dass Rechte bestehen geblieben sind; ebensowenig darf diese ältere Anmeldung schon Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts gewesen sein. Die ältere Anmeldung kann in diesem Fall nicht mehr als Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts dienen.
- (6) Ist die erste Anmeldung in einem nicht zu den Vertragsstaaten gehörenden Staat eingereicht worden, so finden die vorstehenden Vorschriften nur insoweit Anwendung, als dieser Staat nach einer Bekanntmachung des Verwaltungsrats ein Prioritätsrecht nach Massgabe der Pariser Verbandsübereinkunft aufgrund einer ersten Anmeldung beim Europäischen Patentamt oder eines Rechts vergleichbaren Inhalts gewährt.